



Steuerpolitik dies- und jenseits der Hülftenschanze

SP Basel-Stadt



Einreichung des Referendums gegen die Senkung der Unternehmensgewinnsteuer.

Am 17. Juni stimmt Basel-Stadt über die Gewinnsteuer ab. Es geht um rund 50 Millionen Franken, auf die Basel-Stadt jedes Jahr verzichten soll. Das ist viel Geld. So viel gibt der Kanton jährlich für Theater, Tanz und Musik zusammen aus.

Zur Debatte steht die dritte Senkung der Unternehmenssteuer innerhalb von nur vier Jahren. Der maximale Gewinnsteuersatz wurde 2008 und 2010 schon von 24.5 auf 20 Prozent gesenkt. Nun soll er bereits auf 18 Prozent gesenkt werden. Es geht Schlag auf Schlag. Damit nähert sich der Kanton Basel-Stadt der Baselbieter Steuerpolitik an. Oder anders gesagt: Er macht dieselben Fehler.

Basel-Landschaft hat seine Steuereinnahmen im letzten Jahrzehnt um rund 130 Millionen

Franken gesenkt. Am stärksten wurden die Unternehmen entlastet. Allein im Jahr 2006 um 64 Millionen auf Kantons- und um 12 Millionen auf Gemeindeebene. Viele verbanden damit die Hoffnung, dass der Einnahmefehl durch eine bessere Wirtschaftsdynamik kompensiert werde. Heute wissen wir, dass das ein Fehler war. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Kanton Basel-Landschaft schreibt zum dritten Mal

hintereinander ein hohes Defizit. Er hat ein Einnahmenproblem. Die Folgen sind happig und betreffen alle. Unter anderem werden Schulen geschlossen und der ÖV wird ausgedünnt. In Frage gestellt werden auch Beiträge an die Uni, das Stadttheater und andere gemeinsame Institutionen der beiden Basel. Das sind auch für die Wirtschaft negative Signale. Die Entlastung der Wirtschaft hat sich als Eigentor entpuppt.

Der Kanton Basel-Stadt sollte daraus lernen. Denn er prognostiziert ebenfalls Defizite. Der Finanzplan der Regierung sieht für die Jahre 2014 und 2015 Haushaltsdefizite und neue Verschuldung vor. Denn Basel-Stadt muss seine Schulen und Spitäler umbauen. Deshalb ist es falsch, die Gewinnsteuer weiter zu senken.

Die Parlamentsmehrheit hält dem entgegen, dass die Steuer-senkung ja in kleinen Schritten erfolgen soll und nur, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt seien. Die Senkung kommt nur, wenn wir nicht in eine Rezession laufen und die Schuldenquote ein bestimmtes Mass nicht überschreitet. Diese Bedingungen sind gut, aber sie bewahren den Kanton in keiner Weise davor, dass er sich wieder stark verschuldet und dass er schon bald mit einem strukturellen Haushaltsdefizit da-steht.

Die SP Basel-Stadt will keine Baselbieter Finanzverhältnisse. Deshalb hat sie gegen die dritte Gewinnsteuersenkung das Referendum ergriffen. Damit stärkt sie die bis dahin vorsichtige und erfolgreiche Finanzpolitik der rot-grün dominierten Regierung.



Beat Jans
ist Nationalrat
der SP Basel-Stadt

Steuerwettbewerb oder was?

Dass das Baselbiet unter den Folgen der Steuersenkungen leidet, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Aber vielleicht ist es angebracht, den fatalen Mechanismus des Steuerwettbewerbs grundsätzlich in Frage zu stellen. Stimmt nämlich die Standortat-

traktivität, sind die Steuersätze für Unternehmen sekundär. Weshalb denn sonst ist die Straumann AG vor Jahren aus dem Baselbiet in die vermeintliche Steuerhölle Basel gezogen?

Wenn die beiden Basel auch noch anfangen, sich gegenseitig

mit tieferen Steuersätzen das Wasser abzugraben, dann ist es definitiv Zeit dafür, über eine Kantonsfusion nachzudenken.

Ruedi Brassel ist Landrat und Sekretär der SP Baselland

SP BL: Neubesetzung des Vizepräsidiums

An der Geschäftsdelegiertenversammlung vom 21. April in Niederdorf fasste die SP BL die Parolen für die Abstimmungen vom Juni (siehe Kasten).

Neben der Bekämpfung des «Belastungsrahmengesetzes» steht im September dann die wichtigste Kampagne für die Kantonalpartei an: Die Abstimmung über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung wollen wir gewinnen und so mehr Steuergerechtigkeit realisieren! Eine

tragende Rolle wird die SP Baselland auch in der anstehenden Debatte um die Frage der Kantons-Fusion einnehmen. Bereits in Gang ist die Diskussion ums Positionspapier Migrationspolitik der SP Schweiz.

Bei der Jahresversammlung galt es für die Delegierten zudem, die Parteiorgane neu zu besetzen. Das Hauptaugenmerk lag dabei – nach dem Rückzug von Silvio Tondi, neu gewählter Gemeinderat in Reinach – auf dem Vize-

präsidium (VP). Regula Nebiker Toebak (Staatsarchivarin, Liestal) und Christoph Hänggi (Landrat und Museumsdirektor, Therwil) wurden einstimmig in dieses Amt gewählt. Der als Präsident glanzvoll bestätigte Martin Rüegg zeigte sich hoch erfreut: «Silvio Tondi hinterlässt eine grosse Lücke. Er hat enorm viel geleistet für unsere Partei, ihm gebührt ein grosses Dankeschön! Umso schöner, dass wir mit Regula Nebiker und Christoph Hänggi zwei neue

VizepräsidentInnen haben, die politische Erfahrung und ungebrochenen Enthusiasmus mitbringen. Die SP Baselland braucht diesen Schwung für die anstehenden Kampagnen.»



Lisa Mathys
ist Parteisekretärin
der SP Baselland



Die neue GL, v.l. Ruedi Brassel, Christoph Hänggi (VP), Martin Rüegg (P), Susanne Leutenegger Oberholzer, Rico Moretti, Kathrin Schweizer, Regula Nebiker (VP), Claude Janiak, Eric Nussbaumer, Jan Fässler, Lisa Mathys.
Es fehlen: Simone Abt, Anita Hofer, David Meier, Urs Wüthrich.

PAROLEN

Abstimmungen vom 17. Juni

Kantonale Vorlagen

Entlastungsrahmengesetz **NEIN**

Reorganisation der Gerichte (Verfassung) **JA**

Aufhebung des Amtsnotariats (Gesetz) **NEIN**

Reorganisation der Bezirksschreibereien (Verfassung) **NEIN**

Nationale Vorlagen

Bausparen II **NEIN**

Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» **NEIN**

Managed Care **NEIN**

Entlastung Ja – Rahmengesetz Nein

Die SP teilt die Analyse, dass der Kanton BL ein strukturelles Defizit aufweist. Darum tragen wir einen grossen Teil des Entlastungspaketes mit.

Insgesamt sollen mit rund 185 Massnahmen ab 2014 180 Mio. Franken jährlich eingespart werden. 130 Massnahmen liegen in der Kompetenz der Regierung und wurden bereits mit dem Budget 2012 bewilligt. In der Kompetenz des Landrats liegen 15 Sparmassnahmen, die Einsparungen im Umfang von insgesamt 40 Mio. bewirken sollen. Diese wurden allesamt von der Mehrheit des Landrats bewilligt. Etwa drei Viertel des Entlastungspaketes können umgesetzt werden. Für Entlastung ist also bereits gesorgt. Nur über vier Vorlagen muss am 17. Juni noch an der Urne entschieden werden.

Da ist erstens das Entlastungsrahmengesetz, das sieben vollkommen unterschiedliche Massnahmen in einem Gesetz zusammenfasst. Darunter befinden sich so unbestrittene wie finanziell bedeutungslose Punkte wie die Umstellung auf A-Post plus statt Einschreiben bei gewissen amtlichen Zustellungen (Sparbeitrag CHF 40000) oder die Provision für den Einzug der Kirchensteuer (CHF 70000). Das Rahmengesetz enthält aber auch schwerwiegende Abbaumassnahmen. Für die SP sind vor allem die Aufhebung der Berufsvorbereitungsschule 2 (BVS2, 1.6 Mio. Einsparungen) und die Einführung eines Selbstbehalts bei den Krankheitskosten (15 Mio. Mehreinnahmen) nicht akzeptabel. Die Einführung des Selbstbehalts ist nichts anderes als

eine verdeckte Steuererhöhung, die bei den kleinen und mittleren Einkommen zu einer spürbaren Mehrbelastung führen wird und die Alten und Kranken besonders stark trifft. Das Rahmengesetz spottet jeder Opfersymmetrie. Es ist ein Belastungs-Rahmengesetz. Von Entlastung kann keine Rede sein.

Zwei weitere Abstimmungsvorlagen wollen das Amtsnotariat abschaffen und die Bezirksschreibereien auf zwei Standorte konzentrieren. Wer diesen Abbau des Service Public und die damit verbundene Verteuerung der Dienstleistungen verhindern will, muss die entsprechende Änderung der Kantonsverfassung und das Gesetz ablehnen. Der letzten Vorlage, einer Reorganisation der Bezirksgerichte, die den Kanton

neu und zeitgemäss in zwei Zivilgerichtskreise einteilt, kann aus der Sicht der Landratsfraktion zugestimmt werden.

Doch mit den Abstimmungen vom 17. Juni ist noch nicht alles entschieden. Im Herbst stimmen wir noch über mehrere Initiativen ab, die im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket lanciert wurden. Auch zu den Streichungen beim ÖV, zum Verkauf der Schlösser und zu mehreren Bildungsanliegen wird so das Stimmvolk das letzte Wort haben.



Kathrin Schweizer
ist Präsidentin
der SP-Landratsfraktion

KABELNETZE

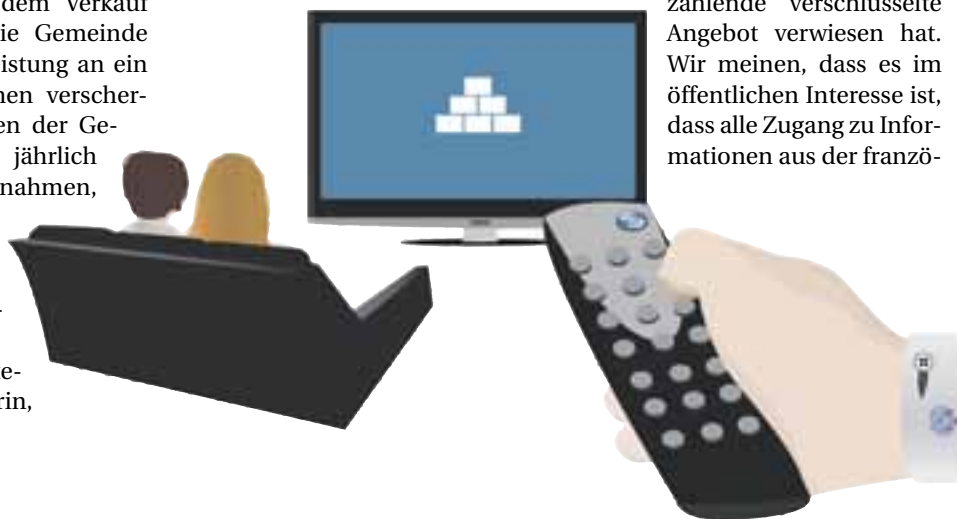
Öffentliches und strategisches Gut

Der Einwohnerrat von Riehen will das eigene Kommunikationsnetz an die upc cablecom verkaufen. Im Januar hat eine Mitgliederversammlung beschlossen, diesen Entscheid mit einem Referendum zu bekämpfen. Am 6. Mai wird nun darüber abgestimmt.

Der Widerstand der Riehener SP gegen den Verkauf des Kommunikationsnetzes (K-Netz) ist wohlüberlegt. Mit dem Verkauf wird eine durch die Gemeinde aufgebaute Dienstleistung an ein privates Unternehmen verschert. Damit entgehen der Gemeinde nicht nur jährlich 200 000 Franken Einnahmen, sondern die Politik verspielt auch ihren Einfluss auf ein zentrales öffentliches Gut.

Die Gewinninteressen der Käuferin,

upc cablecom, gehen den öffentlichen Interessen vor. Dies zeigte sich kürzlich in der badischen



Nachbarschaft, als die cablecom-Muttergesellschaft «Liberty Globale» das öffentliche Kabelnetz gekauft hat – und als eine der ersten Massnahmen die französischen öffentlich-rechtlichen Sender, auch das elsässische Programm France 3, aus dem Grundangebot geschmissen und ins teuer zu bezahlende verschlüsselte Angebot verwiesen hat. Wir meinen, dass es im öffentlichen Interesse ist, dass alle Zugang zu Informationen aus der franzö-

sischen Nachbarschaft haben. Die Politik kann aber nur Einfluss ausüben, wenn sie die Hand auf der Infrastruktur hat.

Beim Thema K-Netz-Verkauf geht es also ganz zentral um sozialdemokratische Werte: Der Zugang zu Informationen muss für alle statt für wenige sichergestellt sein. Die Politik soll zentrale öffentliche Güter kontrollieren können. Und: Private sollen sich nicht auf Kosten der Allgemeinheit bereichern dürfen.

www.kabelnetzriehen.com



Martin Leschhorn Strebel
Präsident der SP Riehen

Gesundheit im Alter

«Gesundheit im Alter» ist ein sensibles Thema und wird in den nächsten Jahren immer wichtiger. Daher beschäftigt sich auch die Fraktion der SP Basel-Stadt damit und macht sich im Parlament für verschiedene Anliegen stark, um einen Teil der Sorgen der älteren Menschen verringern zu helfen.

Wie in der übrigen Schweiz zeigen auch Erfahrungen in Basel, dass es für ältere Menschen schwierig ist, Angebote der Altenhilfe und des Gesundheitswesens in Anspruch zu nehmen. Dies betrifft besonders ältere MigrantInnen, aber auch einheimische ältere Menschen, die nur eingeschränkt über Wissen, Bildung, Einkommen und Status verfügen. Aber auch das Fehlen entsprechender Angebote verlangt neue Strukturen und Handlungsmethoden.

Doch wie können alle älteren Menschen Zugang zum ausgefeilten System der Altenhilfe finden? Mit einem Anzug wollen wir, dass die bestehenden Stellen im Altersbereich zu einem Kompetenzen-

trum ausgebaut werden. Darunter verstehen wir eine Beratungsstelle, welche die Institutionen, die im Gesundheits-, Wohn- und Sozialbereich tätig sind, zusammenbringt und insbesondere Leute mit Migrationshintergrund mit einbezieht.

Ein weiterer Vorstoss thematisiert die Wohnqualität und Wohnausstattung für ältere Menschen. Altersgerechter und erschwinglicher Wohnraum sind im Kanton Basel-Stadt knapp. Viele betagte Menschen verfügen nicht über genügend Vermögen oder Einkommen aus Renten, um ihre Wohnungen altersgerecht, also hindernisfrei, umzubauen, oder solche zu mieten. Sowohl einhei-

mische wie zugewanderte alte Menschen sollen, eventuell mit Betreuung und finanzieller Unterstützung, in Würde und eben in ihrem vertrauten Zuhause älter werden können: Das soll durch diesen Anzug gefördert und ermöglicht werden.

Doch nicht nur in der Politik und in der Verwaltung braucht es ein Umdenken. Die ganze Gesellschaft steht vor einer grossen Herausforderung: Eine interkulturelle Gesellschaft (zum Beispiel in einem Pflegeheim) kann nur dann funktionieren, wenn auf gesellschaftlicher, institutioneller und individueller Ebene eine Entwicklung zur Akzeptanz Andersaussehender und Andersdenkender stattfindet. Ich bin fest davon überzeugt, dass auf lange Sicht nur so für alle zufriedenstellende Lösungen erarbeitet werden können. Deshalb wollen wir mit einem dritten Vorstoss ermöglichen, dass die Migrantinnen und

Migrantinnen bei Meinungsbildungs- und Mitbestimmungsprozessen, welche die Gesundheitsförderung betreffen, aktiv miteinbezogen werden.



Mustafa Atici
ist SP-Grossrat
Basel-Stadt

PAROLEN

Abstimmungen vom 17. Juni

Kantonale Vorlagen

Unternehmensgewinnsteuer **NEIN**

Nationale Vorlagen

Bausparen II **NEIN**

Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» **NEIN**

Managed Care **NEIN**

AUS DER FRAKTION

Vorstösse zur Tagesbetreuung

Vier Vorstösse reichte die Fraktion zum Thema der Tagesbetreuung ein:

In Basel-Stadt (BS) sind Betreuungsplätze in Randzeiten und an Wochenenden nicht vorhanden. Der Kanton hat ein Pilotprojekt im Kinderhaus St. Jakob gestartet, welches dieses Problem lösen sollte. Dominique König-Lüdin möchte wissen, was der Stand dieses Pilotprojektes ist, inwieweit Eltern über dieses Angebot informiert werden und wie viele Plätze zur Verfügung stehen.

In BS werden die Tagesbetreuungsplätze durch eine Vermittlungsstelle zugewiesen. Laut Tagesbetreuungsgesetz von 2006 muss der Kanton, bei rechtzeitiger Meldung und nach Eingang aller relevanten Unterlagen, den Eltern innert drei Monaten mindestens ein

Angebot unterbreiten. Beatriz Greuter möchte wissen, wie die Wartezeiten in der Praxis sind, warum die drei Monate nicht eingehalten werden können und wie mehr Transparenz bei der Vermittlung geschaffen werden kann.

Das Berufsbildungssystem in der Schweiz bietet verschiedene Möglichkeiten an, um Berufsabschlüsse im Erwachsenenalter nachzuholen. Mustafa Atici möchte wissen, wie die Nachholbildung und die verkürzte Grundbildung aussehen und wie viele Erwachsene eine verkürzte Lehre als BetreuerIn im Kanton BS gemacht haben.

In BS müssen Jugendliche, welche den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder erlernen wollen, vor Ausbildungsbeginn ein einjähriges Praktikum absolvieren. Diese Pra-

xis existiert ausschliesslich bei diesem Ausbildungsgang und ist in anderen Kantonen nicht bekannt. Beatriz Greuter möchte darum, dass durchgeführte Praktika auch für einen Ausbildungsplatz in einem anderen Tagesheim Gültigkeit haben und damit verhindert wird, dass die Jugendlichen nach dem Absolvieren von mehreren Praktika am Schluss ohne Ausbildungsplatz dastehen.

Beatriz Greuter
ist Grossrätin SP Basel-Stadt



Landrat sagt Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Vor einem Jahr haben wir die letzten Extrawürste gegrillt und verspiesen – anlässlich der Einreichung unserer Initiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Mittlerweile hat der Regierungsrat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Ein Ausdruck des schlechten Gewissens vielleicht – aber ohne Mut, einen Schlussstrich zu ziehen unter eine ungerechte Praxis. Diese leistet nicht nur dem Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen Vorschub, sondern sie bietet auch Anreize zur Steuerhinterziehung im Ausland und belastet unser Verhältnis zu anderen Staaten.

Zudem verletzt die Pauschalbesteuerung das Gebot der Gleichbehandlung und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bei diesem Grundsatz handelt es sich nicht etwa um ein sozialistisches, sondern um ein urliberales Anliegen. So hielt schon Adam Smith, der Vater des Liberalismus, unmissverständlich fest: «Die Untertanen jedes Staates müssen zur Unterstützung der Staatsgewalt so genau als möglich nach Verhältnis ihres Vermögens beitragen, das heisst, nach Verhältnis der Einkünfte, die ein jeder unter dem Schutz des Staates genießt.»

Im Landrat hat sich dann Erstaunliches getan. Unsere Initiative hat mit Unterstützung der BDP und GLP sowie eines grossen Teils der Grünen und der CVP eine Mehrheit gefunden. Mit 42 gegen 37 Stimmen wurde am 19. April

beschlossen, dem Volk die Annahme der Initiative zu empfehlen.

Der ungenügende Gegenvorschlag, der eine leichte Erhöhung der bisher geltenden Richtgrösse für die Pauschalbesteuerung vorsieht, ist zwar ebenfalls bejaht worden. Damit ist klar, dass es der Pauschalbesteuerung bei der vermutlich auf Ende September 2012 angesetzten Abstimmung auch im Baselbiet an den Kragen geht. Wir werden bei der Stichfrage

dafür sorgen müssen, dass sie ganz abgeschafft wird. Eine Weissgeld- und Weisssteuer-Strategie verträgt keine Halbheiten.

Ruedi Brassel
ist Landrat und
Sekretär der SP Baselland



AGENDA SP BASELLAND

Samstag, 12. Mai
Bring- und Holtag
Werkhof Stutz, Lausen, 9–13 Uhr

Mittwoch, 23. Mai
Treffen der Sektionskassiere
Restaurant Kaserne Liestal, 19 Uhr

Montag, 28. Mai
Denkfabrik
Alte Post, Lindenplatz, Allschwil, 19.30 Uhr

Samstag, 2. Juni
Bring- und Holtag
Allmend, Gelterkinden, 9–12 Uhr

AGENDA SP BASEL-STADT

Donnerstag, 3. Mai
Partei Vorstandssitzung SP BS
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 15. Mai
SG Gesundheit und Soziales
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Mittwoch, 23. Mai
SG Bildung
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 18.30 Uhr

Donnerstag, 24. Mai
Delegiertenversammlung der SP BS
Unionsaal, Volkshaus, 20 Uhr